

Es informiert Sie	Erika Wawersig
Telefon (0202)	563 2435
Fax (0202)	563 8111
E-Mail	Erika.Wawersig@stadt.wuppertal.de
Datum	15.01.2010

---

## **Niederschrift**

### **über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Elberfeld (SI/0569/10) am 13.01.2010**

Anwesend sind unter dem Vorsitz von **Frau Bezirksbürgermeisterin Claudia Hardt**:

#### **von der CDU-Fraktion**

Herr Hans-Peter Degen, Herr Franz-Josef Kirch, Frau Andrea Knorr, Herr Joachim Knorr, Herr Karl-Heinz Krieglstein,

#### **von der SPD-Fraktion**

Frau Karin Ernst, Herr Stv. Thomas Kring, Herr Manfred Lichtleuchter, Herr Johannes van Bebber, Herr Hans Jürgen Vitenius,

#### **von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Marcus Kilian, Herr Stv. Klaus-Dieter Lüdemann, Frau Stv. Gerta Siller, Frau Anke Woelky,

#### **von der Fraktion DIE LINKE**

Herr Cemal Agir, Herr Jörg-Henning Schwerdt,

#### **von der WfW**

Herr Ralf Michael Erich Streuf,

#### **berat. Teilnehmer § 36 VI u. VII GO NRW**

Herr Daniel Kolle, Herr Dr. Reimar Kroll, Herr Wilfried Michaelis, Herr Günter Pott, Herr Gerd-Peter Zielezinski,

#### **als Vertreter des Oberbürgermeisters**

Herr Geschäftsbereichsleiter Matthias Nocke,

#### **vom Bezirksjugendrat**

Frau Celik, Herr Chafchaf als Betreuer,

**von der Polizei**

Herr Fuhrmeister,

**von der Presse**

Herr Görgens – WZ,

**von der Verwaltung**

Herr Stadtdirektor Dr. Slawig,  
Herr Widmann – R Straßen und Verkehr, Herr Walter – R Bauen und Wohnen,

**als Gast**

Herr Hoppe – Deutsche Post.

Nicht anwesend ist:

**von der FDP**

Herr Alexander Markus Bialek.

**Schriftführerin:**

Erika Wawersig

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:40 Uhr

**Herr Vitenius** bittet um Aufnahme eines Berichts über die Ortsbesichtigung am Berufskolleg Schleswiger Straße in die Tagesordnung.

Die **BV** ist einverstanden.

## Öffentliche Sitzung

---

1

### **Haushaltssicherungskonzept - Auswirkungen auf Elberfeld**

**Herr Dr. Slawig** erläutert die dramatische Haushaltslage der Stadt mit einem Haushaltsdefizit von 230 Mio. € und einem Schuldenstand von 1,8 Mill. €. Auch für dieses Jahr sei nicht von einer Verbesserung auszugehen. Im Gegenteil müsse durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz von Mindereinnahmen in Höhe von 6 – 8 Mio. € ausgegangen werden, die die kommunalen Haushalte aber nicht mehr verkraften könnten.

Außerdem seien für 2010 steigende Sozialkosten zu erwarten. Insgesamt erwarte er für 2010 einen Fehlbetrag von deutlich über 200 Mio. € und einen Schuldenstand von über 2 Mill. €. Das bedeute eigentlich das Ende der kommunalen Selbstverwaltung.

Er stellt ganz klar, dass es zu einer Haushaltskonsolidierung mit massiven Einschnitten keine Alternative gebe. Selbst bei Durchsetzung der geforderten Umschuldungsmaßnahmen des Bundes oder Landes sind Einschnitte von 80 Mio. € pro Jahr erforderlich. Nur bei eigenen Bemühungen der Stadt und massiven Konsolidierungsmaßnahmen habe sie auch einen Anspruch auf Hilfe von Bund und Land. Deshalb müsse es auch für jeden Vorschlag, der von der Politik abgelehnt werde, gleichwertige Alternativvorschläge geben.

Das Haushaltssicherungskonzept sei ein Verwaltungsvorschlag des Oberbürgermeisters und ihm selbst ohne vorherige Beteiligung der Politik. In der jetzt anstehenden Diskussion müsse um eine politische Mehrheit geworben werden. Etwa 50 % der Vorschläge könnten von der Verwaltung ohne die Politik umgesetzt werden, damit werde bereits begonnen. Die Parteien würden einen Bericht darüber erhalten, gemeinsam mit einem Beschlussvorschlag für einen Teil der zustimmungspflichtigen Maßnahmen zur Ratssitzung am 15.03.. Selbstverständlich könnten nicht alle Maßnahmen bereits in der März-Sitzung beschlossen werden, für einige Vorschläge bestehe sicherlich größerer Diskussionsbedarf. Er selbst versuche, jede Möglichkeit zu einer sachlichen Diskussion auch mit Bürgerinnen und Bürgern wahrzunehmen.

Die **SPD-Fraktion** führt aus, dass alle Parteien gefordert seien, die Situation der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt so erträglich wie möglich zu gestalten. Daher nehme sie sich auch das Recht heraus, Maßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept abzulehnen ohne Alternativvorschläge zu machen. Es müssten zumindest auch Perspektiven aufgezeigt werden.

Die **Fraktion Die LINKE** äußert sich allgemein zu den Gründen für die Finanzkrise der Kommunen und verweist auf die Fehler der Bundesregierung. Konkret möchte sie wissen, ob auch Kindergärten von Personalkürzungen betroffen sein würden.

Für die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** ist die Transparenz bei allen Kürzungen wichtig, gerade im Hinblick auf die Bürgerinnen und Bürger. Sie möchte wissen, wo konkret gekürzt werde.

Hinsichtlich der Schließung von Schwimmbädern erinnert sie an den Schulsport, der in jedem Fall gesichert sein müsse. Gerade in Elberfeld mit einem Migrantenanteil von 20 % sei dies von großer Wichtigkeit.

Außerdem interessiere sie die Zukunft des Gebäudes des Schauspielhauses, wenn dann dessen Schließung beschlossen werden sollte.

Zudem möchte sie wissen, welche Schulbibliotheken in Elberfeld von einer Schließung betroffen sein würden.

Darüber hinaus fragt sie, warum die freie Kulturszene Kürzungen hinnehmen müsse, das Von-der-Heydt-Museum aber nicht. Dies sei schwer vermittelbar.

**Herr Dr. Slawig** verwarft sich generell gegen Vorwürfe, die Kulturszene in Wuppertal werde mit der Schließung des Schauspielhauses sozusagen „plattgemacht“. Das Opernhaus, das Sinfonieorchester, die Stadthalle würden auch weiterhin für ein abwechslungsreiches Kulturleben in Wuppertal sorgen. Er halte die Einschnitte für vertretbar, allerdings auch für die obere Grenze.

Bei vielen Kürzungen habe es Prioritätensetzungen gegeben, so auch bei der Abwägung zwischen Von-der-Heydt-Museum und freier Kulturszene. Die Verwaltungsentscheidung, die Mittel für das Museum nicht zu kürzen, sondern bei den freien Trägern Kürzungen vorzunehmen, könne von der Politik auch anders entschieden werden.

Hinsichtlich der Kürzungen bei den sozialen Trägern um 10 % führt er aus, dass es auch die Möglichkeit gegeben habe, bei allen generell eine Kürzung um 10 % vorzunehmen. Sie hätten sich aber für eine Umverteilung entschieden, d.h. bei einigen werde mehr, bei anderen weniger als 10 % gekürzt. Im 2. Quartal 2010 werde es von der Verwaltung konkrete Vorschläge für die zuständigen Ausschüsse geben, eine Ratsentscheidung dann zu einem späteren Zeitpunkt.

Bezüglich der weiteren Nutzung des Schauspielhauses erklärt er, dass es bis jetzt keinen Plan gebe. Die für die Stadt wirtschaftlichste Lösung bestehe in einer Übernahme des Gebäudes durch einen privaten Investor.

Zu der Frage von Personalkürzungen bei Kindergärten stellt er fest, dass es sich hierbei um Pflichtaufgaben handele, frei werdende Stellen müssten also immer neu besetzt werden. Dies treffe im Übrigen auf ca. 50 % des Personals der Verwaltung zu.

**Herr Vitenius** möchte wissen, was geschehe, wenn die Stadt trotz aller Konsolidierungsmaßnahmen eine Überschuldung nicht vermeiden könne, also praktisch „pleite“ sei. Werde es dann so sein, dass alle Zuschüsse gestrichen würden.

**Herr Dr. Slawig** erwidert, dass bei der Einsetzung eines Sparkommissars nur das haushaltsrechtlich Zulässige genehmigt werde. Es würden aber Gespräche mit der Landesregierung geführt.

---

## 2 **Bezirksjugendrat - Vorstellung des Films über Mobbing**

**Frau Celik** und **Herr Chafchaf** stellen den Film zu dem Thema „Mobbing“ vor.

Die **Bezirksbürgermeisterin** dankt dem BJR für den eindrucksvollen Film zu diesem schwierigen Thema.

---

## 3 **Veränderung im Filialnetz der Deutschen Post - Postfiliale am Kleeblatt**

**Herr Hoppe** berichtet, dass von den insgesamt 14.000 Postfilialen noch etwa 400 in Eigenregie betrieben werden, darunter auch die Filiale am Kleeblatt. Alle 400 Filialen würden aber aus wirtschaftlichen Aspekten heraus bis Ende 2011 in Postagenturen umgewandelt.

Die Filiale am Kleeblatt solle möglichst in ein Geschäft integriert werden, evtl. sei auch die Aufteilung auf zwei Postagenturen denkbar oder die Beibehaltung des jetzigen Standortes unter Hinzunahme eines Geschäftspartners.

Er betont, dass alle bisherigen Dienstleistungen auch in einer Postagentur angeboten würden. Befragungen hätten ergeben, dass diese Partnerfilialen mittlerweile sogar etwas beliebter seien als die Postfilialen. Sie bieten längere Öffnungszeiten und stärken den mittelständischen Einzelhandel. Bei der Auswahl des Geschäftspartners werde wegen der geplanten mindestens mittelfristigen, besser noch langfristigen Zusammenarbeit großer Wert auf Bonität gelegt. Außerdem

suche man Geschäfte in möglichst zentraler Lage mit guten Parkmöglichkeiten und Barrierefreiheit.

Die **SPD-Fraktion** meldet starke Bedenken an. Die Filiale Kleeblatt sei eigentlich zu jeder Tageszeit, besonders aber in den späteren Nachmittagsstunden stark frequentiert, teilweise bildeten sich Schlangen bis zur Außentür. Wie dies in einer Postagentur bewältigt werden solle, sei ihr völlig unklar. Sie halte dies für nicht leistbar.

Auch **alle anderen Fraktionen** äußern große Bedenken gegen eine Verlagerung. Vor allen Dingen sehen sie das Problem der Lagerung und Abholung von Paketen in Partnerfilialen.

Die von der Post angebotenen Packstationen seien gerade für ältere Personen keine Alternative. Sie verweisen auch auf die gute ÖPNV-Anbindung dieses Standortes und sprechen sich dafür aus, auf jeden Fall den Standort zu erhalten.

**Herr Hoppe** stellt fest, dass auch die jetzige Filiale offenbar nicht zur vollsten Zufriedenheit arbeite und ist der Meinung, dass die Wartezeiten in einer Partnerfiliale u. U. sogar kürzer sein könnten, zumal diese Filiale auf keinen Fall in einen Kiosk verlagert werden könne und es in einem Geschäft immer eine getrennte Abwicklung zwischen normalem Einzelhandel und Postgeschäften geben werde.

---

#### 4 Nordbahntrasse - Sachstandsbericht

**Herr Widmann** macht generelle Ausführungen zur Nordbahntrasse und dem geplanten Zeitablauf (s. Anlage).

Die **SPD-Fraktion** gibt ihrer Hoffnung auf eine Komplettierung der Strecke Ausdruck.

**Herr Widmann** erklärt, dass es für den innerstädtischen Bereich keine Probleme gebe.

Für die beiden Außenbereiche werde eine Förderung aus Tourismusfördermitteln angestrebt und sei vom Land auch bereits in Aussicht gestellt worden. Der Förderantrag solle im Mai 2010 bei der Bezirksregierung vorgelegt werden.

---

#### 5 Verkehrsführung Hofaue / Wesendonkstraße / Zollstraße / Bembergstraße Vorlage: VO/0545/09

s. TOP 5.1

---

#### 5.1 Ergänzung zur Änderung der Verkehrsführung Hofaue / Wesendonkstraße / Zollstraße / Bembergstraße Vorlage: VO/0545/09/1

**Herr Walter** stellt den Sachstand kurz vor.

Die **SPD-Fraktion** spricht sich grundsätzlich für den Neubau des Parkhauses als realisierbare Lösung für diesen schwierigen Bereich aus, lehnt aber die Veränderung der Verkehrsführung ab, weil sie der Meinung ist, dass das Parkhaus auch mit der jetzigen Verkehrsführung betrieben werden könne.

Die **CDU-Fraktion** will der Vorlage mit den Ergänzungen, d. h. mit einem einjährigen Verkehrsversuch, zustimmen.

Die **Fraktion Die LINKE** erwartet einen Dauerstau, wenn die Verkehrsführung so umgesetzt werde.

**Herr Streuf** sieht auch Probleme im Zusammenhang mit dem Umbau des Döppersberg.

**Herr Widmann** erwidert, dass die Verkehrsströme vom Döppersberg eingerechnet worden seien, er erwarte sogar Entlastungen.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** erklärt, sie könne sich an dieser Stelle auch etwas Besseres als ein Parkhaus vorstellen; da offenbar aber nur dieses realisiert werden könne, sei dies immer noch besser als der jetzige Zustand. Bei der Verkehrsführung müsse man einfach sehen, wie es laufe und ggf. in einem Jahr nachbessern.

Die **SPD-Fraktion** hat Bedenken, dass Tatsachen geschaffen werden, die nach einem Jahr nicht mehr verändert werden können. Sie könnte sich eine Parkhauseinfahrt von der Hofaue und eine Ausfahrt über die Wesendonkstraße mit Zweirichtungsverkehr vorstellen.

**Herr Widmann** ist von einer besseren Verkehrsverteilung durch die Änderung überzeugt.

**Herr Nocke** gibt zu bedenken, dass es sich bei dem Bau des Parkhauses immerhin um eine Investition von 3 Mio. € handele. Er vertraue den Verkehrsplanern der Stadt, die alles geprüft hätten und ein Jahr nach der Eröffnung des Parkhauses auch noch einmal eine Überprüfung der Verkehrssituation zusagen würden.

#### **Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 13.01.2010:**

Die Änderung der Verkehrsführung wird mit den vorgeschlagenen Maßnahmen als Ergänzung der Vorlage VO/0545/09 (Anlage 01) beschlossen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Stimmenmehrheit bei 8 Gegenstimmen (SPD, Die LINKE, WfW)

---

### **6 Situation am Berufskolleg Schleswiger Straße**

**Herr Vitenius** berichtet über eine Ortsbesichtigung am Berufskolleg Schleswiger Straße, bei der die Problematik der auf der Straße stehenden und rauchenden Schülerinnen und Schüler angesprochen wurde. Es gebe den Vorschlag, drei jeweils mit Betonkübeln abgegrenzte Parkplätze von 7 – 15 Uhr so abzusperren, dass sie von den Schülerinnen und Schülern genutzt werden können.

**Herr Nocke** schlägt vor, dieses Thema auf die nächste, bereits in drei Wochen stattfindende Sitzung zu verschieben. Bis dahin werde ein entsprechender Vorschlag vorliegen.

Die **BV** ist einverstanden.

---

### **7 Berichte und Mitteilungen**

1. Ladezonen Marienstraße  
- Stellungnahme R Straßen und Verkehr

**Herr Stv. Kring** bittet um Aufnahme dieses Themas in die nächste Tagesordnung.

2. Zustand des Kopfsteinpflasters am Klever Platz  
- Stellungnahme R Straßen und Verkehr
3. Weiterer Ablauf Baumaßnahme Turmhof  
- Information R Straßen und Verkehr
4. Fußgängerampel am Kleeblatt  
- Stellungnahme R Straßen und Verkehr
5. Antrag auf freie Mittel Tennisclub Grün-Weiß Elberfeld
6. Entnennung Waldstiege  
- Schreiben einer Bürgerin (an die Verwaltung weitergeleitet)
7. Veranstaltungskalender 2010  
- Information R Straßen und Verkehr
8. Baumfällungen  
- Mitteilungen R Grünflächen und Forsten
9. Baumfällungen Schule Helmholtzstraße  
- Mitteilung GMW
10. **Herr Nocke** kommt noch einmal auf das Haushaltssicherungskonzept zurück und berichtet, dass Elberfeld von der Schließung der Schulbibliotheken durch die Gesamtschule Else-Lasker-Schüler betroffen sei. Hier würden aber z. Z. schon Gespräche geführt mit dem Ziel, den Betrieb auf andere Weise zu gewährleisten.
11. **Herr Krieglstein** stellt fest, dass der Kosakenweg vor einiger Zeit neu gepflastert worden sei. Dieses Pflaster habe sich aber bereits wieder stark gelockert und stelle eine Unfallgefahr dar.

Claudia Hardt  
Bezirksbürgermeisterin

Erika Wawersig  
Schriftführerin